

# Die Laterne

ERSCHEINT JEDEN SONNTAG

Abonnementspreis:

Jährlich . . . 12 Mk. — 18 fr.  
Halbjährlich . . . 6 " — 7 " 80 c.  
Vierteljährlich 3 " — 3 " 75 "

(PORTO INBEGRIFFEN)

EXPEDITIONEN:

MOLENBECK-BRÜSSEL: 31, rue du Comte de Flandre.

LONDON: Scherzer, Rose Street, 6, Greek Street, Soho Square W.

NEUMUNSTER-ZÜRICH: Volksbuchhandlung.

Für AMERIKA: P. Hass, 808, North 9th. Street, Philadelphia, Pa.

# Die Laterne



No. 16.

Preis der Nummer:

20 Pfennig. — 25 Centimes.

Herausgeber F. Goetschalck.

EXPEDITION: 31, Rue du Comte de Flandre.

Molenbeck-Brüssel

---

# Die Laterne

---



## Der Rückgang der Sozialdemokratie.

Diesmal ist es keine liberale Aufschneidererei, keine Illusion der Philister, keine bezahlte Reptilienlüge. Nein, es ist dürre nackte Wahrheit, bewiesen durch eklatante Thatsachen: wir gehen zurück, wir verlieren Boden.

Bei den Neuwahlen am 30. Juli vorigen Jahres, unter dem Eindruck der Kugeln von Hödel und Nobiling, die das verlogene preussische Ministerium in unsere Rocktaschen hineinzuschmuggeln versucht hatte, unter dem Terrorismus der Bourgeoisie, unter der Hetzjagd, die die Meute der Polizei gegen uns anstellte, hatten wir im

Wahlkreise Cottbus-Spremberg noch die respektable Zahl von 1242 Stimmen.

Das ist sehr viel, wenn man den damaligen Zustand der Köpfe berücksichtigt und wenn man ausserdem erwägt, dass jener industrielle Kreis, Dank den Intriguen einiger Schwätzer, kein allgemeines Arbeiterorgan besass.

Heute, wo selbst Eulenburg eingestehen muss, dass Alles, was er damals über unsere Partei hatte verbreiten lassen, eitel Wind war, bestimmt, die Segel der offiziellen Kandidaturen anzuschwellen, heute müssten wir von Rechts wegen, wie im Breslauer Westkreise, tausend Stimmen mehr haben als im Vorjahre.

Anstatt dessen haben wir — o Schande! — bei der kürzlich in jenem Wahlkreise stattgehabten Ersatzwahl noch nicht die Hälfte der damaligen Stimmenzahl erreicht!

Wir hatten, genau gezählt, 582 Stimmen!

Natürlich liegt die Vermuthung nahe, dass an den Wahlurnen gemogelt worden ist.

Gewisse Wahlvorstände haben allerdings die süsse Gewohnheit, über die Mittagsstunde den Wahlakt zu unterbrechen, sich mit der Urne einzuschliessen und ihr, als wäre es eine Bittstellerin, die aufs königliche Polizeipräsidium kommt, ein wenig Gewalt anzuthun.

Aber warum sollen derartige Manipulationen diesmal wirksamer gewesen sein, als das vorige Mal?

Auch widerstreitet dieser Erklärung der Umstand, dass unsere Stimmenzahl in allen Orten des Kreises abgenommen hat.

Nein, suchen wir die Ursache unseres nur allzu reellen Rückgangs nicht bei Andern, sondern bei uns selbst!



Die reichstreuere Presse erblickt mit Frohlocken in diesem Wahleresultat

den Beweis einer günstigen Wirkung des Sozialistengesetzes.

Noch ein oder zwei Jahre stramm weiter regieren, wie bisher, sagen die Offiziösen, und die ganze Sozialdemokratie ist in die Luft verdampft.

Allerdings, wenn die Kraft und Ausdauer der Partei fortführe, sich so kundzugeben, wie in Cottbus-Spremborg, so bliebe binnen Kurzem nur noch ein Bruchtheil eines Sozialisten in Deutschland übrig.

Vergebens bemerkt man uns, dass auch die liberalen Stimmen in jener Gegend sich stark vermindert haben, von 4876 auf 2008.

Erstens ist diese Abnahme im Verhältniss nicht so bedeutend, wie die unserer Stimmen, und zweitens, was ist das für ein jämmerlicher Trost, die Niederlage der Arbeiter mit dem Schicksale einer Partei zu beschönigen, welche überhaupt nur kämpft, um sich schlagen zu lassen, einer Partei, deren einzige Tradition die Fahnenflucht ist,

und von welcher Lassalle schon vor siebzehn Jahren gesagt hat, dass sie gewohnt sei, alle Hiebe mit dem H..... zu pariren?

Darf unsere Partei sich einen Vergleich mit dem Liberalismus gefallen lassen?

Singen wir darum:

„Der kühnen Bahn nur folgen wir,  
Die uns geführt Lasalle!“



Leider gibt es aber auch in unserer Partei Leute, die, wie Falstaff, die Vorsicht als den bessern Theil des Muthes ansehen.

Salbungsvoll tragen sie die Weisheit vor, „dass die Sozialdemokratie ein natürliches, nothwendiges Produkt der heutigen Gesellschaft sei und deshalb schließlich unter allen Umständen siegen müsse.“

Als Trost, wenn man gekämpft hat und unterlegen ist, mag diese Redensart angehen, aber wer sie als Vorwand

benützt, um sich in kritischen Momenten zu drücken, der ist einfach ein Tropf.

..

Wenn ja, so ist es jetzt von Wichtigkeit, dass wir bei einzelnen Wahlen auf dem Posten sind, dass wir unsere Lebensfähigkeit durch die That beweisen!

Hat man nicht gesehen, wie unser Erfolg in Breslau das ganze Reich erschütterte, unsere Gegner gedemütigt, unsere Genossen elektrisierte und gestärkt hat?



Unser imponirender Erfolg in Breslau war der Energie zu verdanken, mit welcher dort agitirt wurde.

Die Breslauer waren eben nicht faul, und alle Ausnahmegesetze der Welt verhinderten sie nicht, ihre Schuldigkeit zu thun.

Namentlich waren sie auch rechtzeitig nach aussen hin im Interesse der Wahl thätig und machten es so den Blättern, die seit der Vernichtung unserer inländischen Presse die Sache der deutschen Sozialdemokratie im Ausland vertreten, möglich, zum Siege mitzuwirken.

..

Wer weiss, ob nicht die Exemplare die unsere wackeren Genossen, die „Freiheit“ und die „Tagwacht“, sowie auch wir nach Breslau einschmuggeln und gratis verbreiten liessen, das Zünglein der Wagschaale zu Gunsten der Arbeitersache geneigt haben?

Unsere Genossen sind gewohnt, zu lesen, und ein gedrucktes Wort wirkt oft besser, als tausend gesprochene.

..

Was unsere Partei geworden ist, das ist sie durch ihre Presse geworden: durch ihre Broschüren und Zeitungen.

Mit dem Verbot derselben haben die herrschenden Parteien die Arbeiter nicht bloß ihrer geistigen Speise, sondern auch ihrer besten Waffe berauben wollen;

Das war nicht dumm von den Reichsfreunden, aber dumm und feig zugleich wären die Arbeiter, wenn sie nach dem gewaltsamen Raub ihrer Kampfmittel, noch auf die Waffen, die ihnen geblieben oder durch die Energie einiger Freunde neu geschmiedet worden sind, freiwillig verzichten wollten!

Sie würden damit das Sozialistengesetz gewissermassen nachträglich ihrerseits sanktionieren!

Es wäre dies einfach eine Politik der Selbstentmannung!



Die traurigen Folgen einer solchen Politik sehen wir bereits in Cottbus-Spremberg, schon wir in den höhnischen Bemerkungen, mit welchen die „Post“ und andere Stroussberg-Bismarcksche Frühstückblätter unseren Rückgang konstatieren.

Wenn Herr Kapell, der als Kandidat dort auftrat, die Hülfsmittel in Anspruch genommen hätte, die ihm in der auswärtigen Parteipresse zu Gebote standen, so ist es klar, dass wir, wenn auch schwerlich siegreich, doch wenigstens mit Ehre aus diesem Wahlkampf hervorgegangen sein würden.

Es ist also Pflicht der Genossen, die Organe, die dem grossen Säbel Bismarcks zum Trotz erscheinen und denen er weder durch diplomatischen Druck noch durch Postdiebstahl beikommen wird, nicht bloß mittels Abonnement nach Kräften zu unterstützen, sondern

sie auch in Anspruch zu nehmen, wenn es gilt, den Gegnern, sei es bei einer Wahl oder sonst irgendwie, einen Hieb zu versetzen.

Und wer gegen diese Organe, die jetzt, namentlich nach der Art, wie man unsere Vertreter im Reichstag am Sprechen verhindert, fast das einzige Kampfmittel der Partei sind, gleichgültig bleibt oder gar heimlich agitirt, der handelt, es sei nun aus Unüberlegtheit oder geflissentlich, aus persönlichen oder aus materiellen Motiven, im Interesse unserer Feinde!

Wenn sich diese Erkenntniss in Folge unserer jüngsten Niederlage endlich Bahn bricht, dann ist diese Niederlage heilsam für die Partei, und es wird sich wohl bald eine Gelegenheit bieten, die Scharte durch einen glänzenden Sieg auszuwetzen.



## Rede Liebknechts über den Belagerungszustand. (Reichstagssitzung vom 17. März 1879.) (Schluss.)

In fast allen Mittheilungen, die mir zugegangen sind, tritt als die eigentlich leitende Person bei den meisten Massregeln, öffentlich wie geheim, ein Herr Polizeikommissar von Hüllessem hervor. Nun, meine Herren, dieser Herr von Hüllessem, der bei verschiedenen Gelegenheiten die Frauen von Ausgewiesenen zu Geständnissen zu bringen versucht hat, ist derselbe Herr von Hüllessem, der bei dem Marpinger Wunderprozess als irischer Lord Marlow aufgetreten ist, um das Vertrauen der Katholiken zu gewinnen. Er hat dort Thaten verrichtet, die ganz im Stile des Herrn Stieber sind, und den würdigen Pendant zu dessen bekannter Reise nach Schlesien anlässlich der Weberunruhen von 1848 bilden. Es ist derselbe Herr von Hüllessem, welcher bei dem Marpinger Prozess sich nachweisen lassen musste, dass er einem

der Kinder 5 Mark gegeben hat, — natürlich nicht, um das Zeugniß des Kindes zu beeinflussen. Eingestanden hat er die 5 Mark.

Aber, meine Herren, ich habe noch eine viel wichtigere Thatsache zu erwähnen, die Sie über die Thätigkeit und den Charakter dieses Herrn wie über das Treiben der Polizei überhaupt unterrichten dürfte. Es wurde Ihnen während der Debatten in der vorigen ausserordentlichen Session von einer Wahlversammlung erzählt, die bei den letzten Wahlen hier in Berlin abgehalten wurde oder richtiger: werden sollte. Die Versammlung sollte unter den Zelten stattfinden, wo unsere Parteigenossen ein Lokal gemiethet hatten. Als sie zur festgesetzten Zeit in Masse dort eintrafen, ward ihnen mitgetheilt, dass der Wirth auf Antrieb der Polizei sein Versprechen zurückgenommen habe, und in Folge dessen das Lokal unserer Partei für die Wahlversammlung nicht offen stehe. Daraufhin mussten unsere Genossen sich entfernen, sie gingen in ein benachbartes Lokal.

Dorthin folgte ihnen die Polizei, uniformirte und nicht uniformirte Polizisten, welche letztere unseren Genossen ja sehr wohl bekannt sind, und da wurde seitens der Polizei in der herausforderndsten Weise provoziert. Der kommandirende Beamte rief unter anderem seiner Mannschaft laut zu: Haut ihnen auf den Brägen! Es ist das, wie ich höre, ein berliner Provinzialismus und soll heissen: haut ihnen auf den Schädel! Der Mann, der das rief, war derselbe Herr von Hüllessem. Meine Herren, das war am 16. Juni des vorigen Jahres — wenige Tage nach dem zweiten Attentat, zu einer Zeit, wo man in Berlin glaubte, oder doch zu glauben vorgab, dass jeden Moment irgendwie Gewaltthätigkeiten ausbrechen könnten, wo die Phantasie der Menschen mit Schreckbildern erfüllt war, wo die geringste Kollision verhängnissvolle Dimensionen angenommen hätte.

Ausser dieser Aeusserung kamen bei jener Gelegenheit die grössten Brutalitäten gegen unsere Parteigenossen vor.



Männer, die das eiserne Kreuz von Gravelotte trugen, wurden, obgleich sie sich völlig ruhig verhielten, von Polizisten an der Brust gepackt und höhnisch angeschrien: „Ihr Feiglinge lasst Euch alles gefallen und zieht ruhig nach Hause!“ Unsere Genossen antworteten nichts, die Parteidisziplin war so stark in ihnen, dass sie den Zorn niederkämpften im Interesse der Partei.

Präsident: Ich muss den Redner unterbrechen. Ich kann nicht anerkennen, dass diese Erzählung hier zur Sache gehört, ich rufe ihn deshalb zum zweiten Mal zur Sache.

Abgeordneter Liebknecht: Das ist der Herr von Hüllessem, dessen Thätigkeit unter dem kleinen Belagerungszustand eine so ausserordentlich bedeutende, fast leitende ist. —

Meine Herren, ich habe einen unerwarteten Zeugen dafür, dass für die Vorhängung des kleinen Belagerungszustandes kein genügender Grund vorhanden ist, und zwar in der Person unseres Kollegen, des Referenten über

das Sozialistengesetz, Herrn von Schwarze. Als am 10. Februar d. J. im Reichstag über den Antrag auf Verhaftung Fritzsches und Hasselmanns verhandelt wurde, sagte Herr Generalstaatsanwalt von Schwarze nach dem stenographischen Bericht:

„Meine Herren, ich kann Ihnen nicht bergen, dass, wenn derartige Thatsachen — das heisst Thatsachen, aus denen anzunehmen ist, es hätten die beiden Abgeordneten seit ihrem Erscheinen in Berlin etwas gethan, wodurch die Vermuthung begründet sei, sie treiben die Agitation für sozialistische Zwecke auch hier in Berlin — uns beigebracht und vorgelegt worden wären, wir die Frage von diesem Punkt aus noch ins Auge gefasst hätten; bei vollständigem Mangel solcher Thatsachen, bei der Gewissheit, dass Justizzwecke nicht gefährdet seien, konnten wir in allem demjenigen, was uns vorgelegt worden, keinen ausreichenden Grund finden, um die immerhin wichtige Ausnahmemaassregel zu dekretiren und zu

„genehmigen, dass die beiden Abgeordneten in strafrechtliche Verfolgung gezogen und verhaftet werden.“

Also, meine Herren, es wird von Herrn Generalstaatsanwalt v. Schwarza ausdrücklich „ein vollständiger Mangel an Thatsachen“ zugegeben — und die Thatsachen, um welche es sich hier handelt, sind gerade solche Thatsachen, ohne welche der kleine Belagerungszustand nicht begründet werden kann.

Meine Herren, ich könnte Ihnen noch gar manches über die traurigen Folgen des Belagerungszustandes für einzelne Personen vorführen, aber ich liebe nicht den Appel an das Mitleid, der überhaupt nicht am Platz wäre. Diejenigen Thatsachen, welche von mir und in den Petitionen angeführt worden sind, und weit mehr noch die Thatsachen, die in dem Bericht der Reichsregierung nicht angeführt sind, der Mangel an Rechtfertigungsmaterial und die ausserordentliche Tragweite der Massregel, welche zur Verhandlung steht, werden Sie wohl bestimmen, das Verfahren der Reichsregierung und

der untergeordneten Behörden einer genauen Prüfung zu unterwerfen. Meine Herren, wenn es aber Jedem, der diesen Bericht gelesen hat und keine Information besitzt, ganz unbegreiflich erscheinen muss, warum der Belagerungszustand verhängt worden ist, so finden wir die Massregel doch nicht unbegreiflich, wenn wir die Vorgeschichte des Belagerungszustandes betrachten, so zu sagen die Genesis desselben. Ich erinnere sie daran, dass unmittelbar, nachdem der Reichstag im vorigen Herbst auseinandergegangen war, Gerüchte von Attentaten und von Drohbriefen an gekrönte Häupter sich förmlich jagten; Zeitungen waren mit Notizen gefüllt, dass der Kaiser mit Drohbriefen überschüttet wurde. Dem Kaiser von Oesterreich und dem Kaiser von Russland, dem Grossherzog von Baden und anderen Monarchen sollten ebenfalls Drohbriefe zugegangen sein. En passant möchte ich hier bemerken, dass von einem „Zugehen“ von Drohbriefen an den Kaiser selbst unmöglich die Rede sein kann; man

wird doch nicht derartige Briefe in die Hände des Kaisers haben gelangen lassen, denn sie würden dem greisen Monarchen, der damals noch nicht genesen, Erschütterungen verursacht haben, die höchst gefährlich hätten sein können.

Es sollte also, so nehme ich an, mit diesen offiziösen Notizen nur angedeutet werden, dass solche Drohbriefe eingegangen seien. Wozu aber, frage ich, der ganze Lärm? Was hat ein Drohbrief zu bedeuten? Ich persönlich und meine Freunde haben Drohbriefe zu Dutzenden erhalten, Briefe des rohsten Inhalts, in denen zum Theil in der zirkumstanzirtesten Weise unser Leben bedroht wurde. Gut — ich leide zum Glück nicht an der allgemeinen Nervosität — ich habe diese Drohbriefe sämtlich dahin geworfen, wo solche Wische hingehören, das heißt in den Papierkorb; nur ein paar derselben habe ich abdrucken lassen, um zu zeigen, was für einfältige und gemeine Menschen es gibt. Und so, meine ich, hätte man es auch mit den an den

Kaiser gerichteten Drohbriefen machen sollen. Ein wirklicher, zu einer Gewaltthat entschlossener Verbrecher wird vor der That keinen Drohbrief schreiben, ich appellire an die hier anwesenden Juristen, ob Diejenigen, welche Drohbriefe schreiben, jemals das thun, was sie androhen. Gerade der Umstand, dass sie Drohbriefe schreiben, liefert den Beweis, dass sie dasjenige, was sie androhen, nicht thun wollen. Ein wirklich beabsichtigtes Verbrechen kündigt man vorher nicht an, wer eine solche Ankündigung macht, zeigt eben damit, dass er nicht an die Ausführung denkt. Was aber nun die Quelle der Drohbriefe betrifft, so habe ich eine kuriose Thatsache zu erwähnen. Es stand unmittelbar vor Verkündigung des Belagerungszustandes in einigen Zeitungen — ist aber nachher todteschwiegen worden, — dass einer der sogenannten Drohbriefe, aus Karlsruhe oder Mannheim, abgeschickt worden, und ursprünglich „an einen der bekanntesten Agitatoren der sozialistischen Partei“, — wie mir seit-

dem mitgethollt worden ist, an unseren Kollegen Hasselmann adressirt gewesen sei. Dieser Brief, dessen Adressat merkwürdiger Weise nicht gefunden werden konnte, obgleich Hasselmanns Adresse von jedem Kinde in Berlin erfragt werden konnte, (Widerspruch) kommt als unbestellbar . . . (Unruhe) — meine Herren, hören Sie — dieser Brief kommt als unbestellbar an die Postbehörde zurück, wird geöffnet und da findet man denn ein anonymes, von blutdürstigen Phrasen und Majestätsbeleidigungen strotzendes Schreiben, worin es heisst, zwei mit Namen genannte Personen, bekannte Sozialdemokraten in Baden, hätten die Absicht, den Kaiser in Wiesbaden zu tödten, man solle so und so viel Geld schicken, um die Ausführung zu ermöglichen. Die im Brief namhaft gemachten Personen wurden sofort verhaftet, sie konnten aber mit Leichtigkeit den Nachweis führen, dass sie an der Sache absolut unschuldig waren, und dass der Brief das Werk eines leider unbekannt gebliebenen Schurken ist.

Meine Herren, einige Zeit später — allerdings nicht mehr rechtzeitig zur Begründung des Belagerungszustandes — ereignete sich ein eklatanter Fall ähnlicher Art, und zwar zu Schwann in Mecklenburg. Ende vorigen Jahres wurden dort plötzlich fünf unserer Parteigenossen, Familienväter, verhaftet. Niemand wusste, was die Leute gethan haben sollten. Bald aber kam an den Tag, dass ein anonymes Brief den Anlass gegeben habe. Der fragliche Brief war ebenfalls an einen bekannten Parteigenossen gerichtet gewesen, der nicht aufzufinden war und es stand darin geschrieben, dass jene fünf Parteigenossen aus Schwann den deutschen Kaiser ermorden wollten. Nach kurzer Untersuchung stellte sich heraus, dass man es auch hier mit dem Werk eines Schurken zu thun habe, die Gefangenen wurden in Freiheit gesetzt und der Grossherzog von Mecklenburg hat aus seiner eigenen Schatulle den Opfern dieses infamen Streiches eine kleine Summe zur Entschädigung für ihre Haft und die erlittenen Verluste auszahlen lassen.

So, meine Herren, hat man Stimmung gemacht! Noch ein bezeichnendes Faktum: eines schönen Novembermorgens war in allen Zeitungen zu lesen: es sind Orsinibomben entdeckt worden; in Hamburg haben die Behörden eine Kiste mit Orsinibomben beschlagnahmt! Diese Notiz geht durch die ganze Presse, wird durch den Telegraph nach den entlegensten Ländern hin telegraphirt, und was war die Wahrheit? Irgend ein Fabrikant von unsittlichen Gummilartikeln hatte sich den schlechten Spass gemacht, auf eine Kiste mit seinen unsauberen Fabrikaten zu schreiben »Orsinibomben,« und diese Kiste war beschlagnahmt worden. Die Lüge wurde aber erst nach 14 Tagen widerrufen, und auf ihren wahren Werth reduziert, in der Zwischenzeit hatte man Stimmung gegen die Sozialdemokratie und für den Belagerungszustand gemacht! In dieser und ähnlicher Weise ist man vorgegangen.

Meine Herren, ich komme nun zum Schluss: als der Reichstag dieses Gesetz erliess, hat er, in seiner Majorität

wenigstens, nicht gewollt, dass das Geschehe, was auf Grund des Sozialistengesetzes geschehen ist. Ich glaube aber trotzdem, dass die Majorität des Reichstags im Unrecht ist gegenüber dem Herrn Reichskanzler, welcher neulich erklärte, die Konsequenz des Sozialistengesetzes ist, dass wir die Sozialdemokraten im Reichstag mundtot machen; die Konsequenz ist, dass der Reichstag ein Maulkorb . . . . (Heiterkeit) — Pardon, ein Reichstagsstrafgesetz bekomme, und was die Konsequenzen weiter sind. Von seinem Standpunkt hat der Herr Reichskanzler meiner Ansicht nach ganz recht. Eine Partei in der Presse lahmlegen und des Vereinsrechts berauben, ihr aber auf der andern Seite die Möglichkeit geben, im Reichstage aufzutreten und ihre Lehren aller Welt zu verkünden, meine Herren, das hat keinen Sinn, das ist nicht konsequent. Wenn Sie einmal glauben, die Sozialdemokratie durch Gesetze aus der Welt schaffen zu müssen und zu können, dann müssen Sie in Ihrer Gesetzgebung auch konse-

quent sein bis zum Ende; Ihr Sozialistengesetz ist, wenn es nicht vervollständigt wird, so gut wie nichts, es ist bloß der Anfang, der entweder sinn- oder zwecklos ist, oder zu Weiterem führen muss, — darin, wie gesagt, hat der Reichskanzler vollkommen Recht. Aber Sie, meine Herren Nationalliberalen, sollten doch auch endlich begriffen haben, dass, indem Sie das dünne Ende des Keils in den Baum des deutschen Parlamentarismus eintreiben lassen, Sie es damit der Regierung möglich machten, den ganzen Keil einzutreiben und den Baum vollständig zu zersprengen. Wer A sagt, muss auch B sagen. Ob es Ihnen noch möglich sein wird, umzukehren, das weiß ich nicht, das glaube ich nicht. Sie haben nachgegeben bis zu einem Punkte, wo man sich eigentlich sagen muss, Sie haben nicht mehr die Möglichkeit der Umkehr. Es soll mich freuen, wenn ich mich täusche, aber die Konsequenz, die Logik ist unzweifelhaft auf jener Seite (nach dem Regierungstisch zeigend).

Meine Partei verzichtet darauf, Anträge zu stellen, das überlassen wir dem Reichstage. Wir stehen hier fest in der Ueberzeugung, dass unsere Partei nicht schuld ist an den sogenannten Ausschreitungen und Verbrechen, deren sie beichtigt worden ist, — wir stehen fest in der Ueberzeugung, dass durch kein Gesetz, — und verschärfen Sie es hundertfach und gehen Sie über zur Praxis, wie sie unserer Partei gegenüber in Frankreich befolgt worden ist — dass es Ihnen durch kein Gesetz jemals gelingen wird, unsere Partei zu vernichten! Wir werden festhalten an dem Gesetz, weil wir wissen, dass die Gesetzlichkeit, die Ruhe das herrschende System tödtet. Was ein Minister Bonaparte's einst sagte: *La légalité nous tue!* die Gesetzlichkeit tödtet uns, tödtet unsere imperialistische Blut- und Eisenpolitik, — das gilt auch von Deutschland! Wir werden gesetzlich vorgehen, weil wir wissen: auf dem Boden des Gesetzes werden wir siegen; wir wissen, dass das Bürgerthum von der thörichten

Furcht, die es in das Sozialistengesetz hineingetrieben hat, zurückkommen wird, wenn es sieht, dass die Sozialdemokratie nicht das rothe Schreckgespenst ist, für welches man sie ausgegeben hat und wenn es an Massregeln, wie dem Belagerungszustand, sieht, wie seine Interessen von dem herrschenden System gewahrt werden. Das Bürgerthum wird bald begreifen, dass es den Satan mit dem Beelzebub hat austreiben wollen. Statt der Sozialdemokratie, die organisch reformirend vorgehen will, (Heiterkeit) haben Sie jetzt einen Gegner, der mit der ganzen Macht des Polizeistaats ausgestattet, das bellum omnium contra omnes predigt und Ihnen den Sozialismus in der unangenehmsten Façon, in der Façon des königlich preussischen Kasernen- und Staatssozialismus eingeben wird. Das haben Sie davonsehen Sie, ob Sie dieser Gefahr Herr werden, — ich glaube es nicht, ich bin überzeugt, Fürst Bismarck wird siegen, weil er Ihnen gegenüber die Logik und die Konsequenz auf seiner Seite hat.

Welche Anträge aus dem Hause gestellt werden, ob Anträge gestellt werden, das weiss ich nicht. In Bezug auf den Rechenschaftsbericht selbst, in Bezug auf die Petitionen, die von unseren Genossen eingereicht worden sind, haben wir, wie schon bemerkt, keinen Antrag zu stellen; urtheilen Sie, meine Herren, wo diejenigen zu suchen sind, welche die ruhige Entwicklung der Nation stören, und wo diejenigen, welche sie zu fördern suchen. Entscheiden Sie, entscheide die öffentliche Meinung, wer von beiden, die Reichsregierung, die Männer, welche den Belagerungszustand verhängt haben, oder die Sozialdemokratie auf die Anklagebank gehört. (Oho! Unruhe.)

Meine Herren, ich möchte nun den Herrn Präsidenten bitten, eine allerdings wohl noch in den Rahmen meines Vortrags zu bringende kurze, aber mehr persönliche Erklärung zu geben. Ich habe dieselbe auf den Schluss verspart, weil es eine persönliche Angelegenheit ist. Unter denjenigen That-sachen, welche man dazu benutzt hat,

um vorigen Herbst Stimmung gegen die Sozialdemokratie zu machen, musste unter anderem auch mein Sitzenbleiben bei dem Hoch, welches bei Eröffnung der ausserordentlichen Reichstagsession auf den Kaiser ausgebracht wurde, verschiedentlich hervorhalten. (Grosso Unruhe.) — Ich glaube, meine Herren, dies gehört hierher, und Sie werden jedenfalls die Gerechtigkeit haben, mir hier eine Erklärung zu ermöglichen; ich bin im Hause selbst in heftigster Weise angegriffen worden, wenn man mich auch nicht mit Namen genannt hat. Es ist hier erklärt worden, es sei dieses Sitzenbleiben eine „Ungezogenheit,“ eine Ungebühr im strengsten Sinne des Wortes gewesen; ja es ist ein noch viel härterer Ausdruck von Seiten meines Kollegen von Kleist-Retzow hier gefallen. (Helterkeit.) Man hat in der Presse gegen mich gehetzt und verlangt, dass mir der Prozess gemacht werde; ich habe eine bewusste Beleidigung des Kaisers verübt und ich würde nicht durch mein Mandat, durch die Immunität als Abgeord-

netor gedeckt. Dem entgegen möchte ich einfach bemerken, dass, seit Sozialdemokraten im Reichstag sitzen, die sozialdemokratischen Abgeordneten bei keinem Hoch auf den deutschen Kaiser — und früher schon, ehe er deutscher Kaiser war, bei keinem Hoch auf das Oberhaupt des Norddeutschen Bundes — sich je erhoben haben. (Unruhe. Zurufe rechts.) Es war dies nicht eine Beleidigung und sollte keine sein, aber es war eine Pflicht, (Unruhe) die uns durch unsere politischen Grundsätze auferlegt wurde. (Lobhafte Unruhe und Zurufe.) (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich muss den Herrn Redner jetzt unterbrechen. Er berührt hier einen Fall, der in dem früheren Reichstage vorgekommen ist, — wie ich konstatiere, nicht unter meinem Präsidium. (Zustimmung.) Ich glaube, dass der Fall hier im Reichstage jetzt nicht weiter erörtert werden kann, nachdem ich den Herrn Redner so weit habe sprechen lassen, wie er bis jetzt gesprochen hat. Weil aber der Herr



Redner den Fall hier vorbringt, so muss ich ihm allerdings jetzt sagen, dass das Sitzenbleiben bei einem Hoch, welches hier auf unseren verehrten Kaiser ausgebracht wird, in der That die monarchischen Gefühle des Reichstags, des ganzen Volkes, auf eine so arge Weise verletzt, wie dieselbe nicht ärger gedacht werden kann. (Lebhaftes Bravo.)

Zu dieser Erklärung haben mich die Ausführungen des Herrn Redners hier noch nachträglich genöthigt.

Abgeordneter Lieb knecht: Darf ich mir noch ein Wort gestatten?

Präsident: Ich ersuche den Herrn Redner, fortzufahren.

Abgeordneter Lieb knecht: Ich habe erklärt, dass mir der Gedanke, eine Majestätsbeleidigung, überhaupt eine persönliche Beleidigung zu begeben, vollständig fern gelegen hat und ich möchte umgekehrt exemplifizieren, wenn in Deutschland die Republik proklamirt wäre, würde ich wahrlich nicht... (Lebhaftes Unruhe und Zurufe. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich muss den Herrn Redner unterbrechen. Wenn der Herr Redner jetzt nicht von selbst die Tribüne verlässt, so muss ich beim Hause den Antrag stellen, ihm das Wort zu entziehen. (Bravo) Ich habe ihn zweimal zur Sache gerufen, und habe ihn auf die Folgen dieses Rufes zur Sache aufmerksam gemacht.

Abgeordneter Lieb knecht: Meine Herren, ich bin bloß verhindert worden, zu erklären, dass hier eine persönliche Beleidigung nicht vorgelegen hat. (Andauernde Unruhe. Zurufe rechts: Herunter.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! Vor dem, dass ich den Antrag stelle, hat Niemand im Reichstage das Recht, "Herunter" zu rufen. (Beifall.)

(Abgeordneter Lieb knecht verlässt die Tribüne.)



Durch uns sind zu beziehen :

New-Yorker Volkszeitung ;

Philadelphia Tagblatt ;

Volksstimme des Westens (Wochen-  
Ausgabe).

Ferner alle von der deutschen Regierung  
verbotenen Schriften.

Die Expedition.

### Briefkasten.

H. in H. 3 Mk. erhalten,

F. in E. 2 Mk. 60 Pfg. erhalten.

R. In nächster Nummer.